

Rede der niedersächsischen Ministerin für Bundes- und Europaangelegenheiten und Regionale Entwicklung, Birgit Honé, vor dem Niedersächsischen Landtag zum Haushalt des Ministeriums (Einzelplan 16) für das Jahr 2019.

„Mein Ministerium passt in die moderne Zeit“

Hannover, 12. Dezember 2018

„Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich freue mich, dass heute der Einzelplan für mein Ministerium beraten wird. Bevor ich zu einigen inhaltlichen Schwerpunkten meines Hauses komme, möchte ich mich ausdrücklich bei den Abgeordneten des Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten und Regionale Entwicklung und des Haushaltsausschusses für die offene, konstruktive und immer faire Diskussion bei der Beratung des Einzelplans 16 bedanken. Auch möchte ich mich bei meinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern ganz herzlich bedanken, die emsig an dem Haushalt gearbeitet haben.

Meine sehr verehrten Damen und Herren,
am 22. November 2017 ist die Neugründung meines Hauses beschlossen worden. In den vergangenen 13 Monaten wurde viel geleistet, um das Ministerium voll funktionstüchtig zu machen. Der Aufbau ist nun weitestgehend abgeschlossen. Anfang März 2019 wird das MB eine Liegenschaft in der Osterstraße beziehen, die den räumlichen Anforderungen eines Ministeriums gerecht wird.

In den kommenden Jahren stehen politisch bedeutsame Entscheidungen für die Zukunft der Europäischen Union an: Ende März wird das Vereinigte Königreich die Union verlassen. Im Mai steht die Europawahl an. Die Staats- und Regierungschefs werden weiter über den Mehrjährigen Finanzrahmen beraten.

Bevor ich zu den einzelnen Themenfeldern komme, gestatten Sie mir eine Bemerkung zu dem großen Projekt der Friedensunion. Dazu wollte ich eigentlich gar nichts mehr sagen, weil ich finde, dass meine Vorredner das ganz hervorragend gemacht haben. Aber vielleicht noch ein Wort zu der von Ihnen, Herr Wirtz, zitierten Montanunion:

Anders, als Sie es dargestellt haben, finde ich, dass es eine große Leistung der Väter der Europäischen Union war, auf der Basis der Rüstungsindustrie die beiden Kriegsgegner dazu zu bekommen, die Montanunion aufzubauen und für Wirtschaft und Wohlstand zu sorgen. Die Montanunion war die Vorläuferin der Europäischen Union, des größten Friedenswerkes überhaupt. Ich finde es nicht in Ordnung, das so darzustellen, wie Sie es getan haben.

Meine Damen und Herren,
zum Brexit möchte ich an dieser Stelle verweisen auf die Einbringung des Entwurfs eines Brexit-Überleitungsgesetzes am gestrigen Tage. Wir werden uns auch morgen in der Fragestunde noch intensiver über den Brexit und seine Folgen unterhalten. Die Ereignisse überschlagen sich ja derzeit. Am Dienstag wurde die Entscheidung über das Austrittsabkommen vertagt. Heute kämpft Theresa May mit einem Misstrauensvotum. Ich weiß gar nicht, ob sie die erforderliche Stimmenzahl inzwischen erreicht hat; vorhin fehlten ihr noch acht Stimmen, um dieses Misstrauensvotum negativ zu bescheiden. Es ist ein Chaos, das wir da erleben, aber dazu werden wir uns ja morgen intensiv austauschen.

Zum Mehrjährigen Finanzrahmen nach 2020. Die Europäische Kommission hat ab Ende Mai dieses Jahres den Entwurf des Mehrjährigen Finanzrahmens für die Jahre 2021 bis 2027

sowie ihre Legislativvorschläge veröffentlicht. Es wird zu Einnahmeausfällen durch den bevorstehenden Brexit kommen, und es wird erheblichen Mehrbedarf geben, weil die Staats- und Regierungschefs neue Aufgaben beschlossen haben, insbesondere in den Bereichen Sicherheit und Migration sowie Entwicklungszusammenarbeit. Die Kommission schlägt vor, den Bedarf einerseits durch Kürzungen, andererseits durch Mehreinnahmen zu decken.

Gekürzt werden sollen die Kohäsionsmittel, die Mittel der Gemeinsamen Agrarpolitik. – Gestatten Sie mir auch an dieser Stelle einen kleinen Einschub: Ja, Kohäsion heißt Zusammenhalt. Was wir mit den Kohäsionsmitteln im Lande machen, ist nichts weniger, als den Zusammenhalt vor Ort durch gute Projekte zu fördern. Dies wird – und das wüssten Sie, wenn Sie sich in den Regionen mit den Menschen unterhalten würden – von den Bürgerinnen und Bürgern im Lande Niedersachsen durchaus konstatiert. Wir legen hier ein ganz wichtiges Fundament für das gemeinsame friedliche Zusammenleben und für den Zusammenhalt in unserem Land.

Also, die Kohäsionsmittel und die Mittel der Gemeinsamen Agrarpolitik sollen, wie die Kommission gesagt hat, erheblich gekürzt werden. Die Beiträge der Mitgliedstaaten sollen dagegen erhöht werden. Darüber hinaus wird die Erhebung direkter Einnahmen der Kommission vorgeschlagen.

Für die Strukturpolitik in Niedersachsen gibt es dabei gute und weniger gute Nachrichten. Einerseits – das ist die positive Botschaft – sollen auch zukünftig alle Regionen innerhalb der Union Mittel aus den Strukturfonds EFRE, ESF und ELER erhalten. Das war lange sehr umstritten, und es ist uns, nachdem wir uns da sehr intensiv aufgestellt haben, gelungen, diese schlimme Aussicht zu verhindern.

Andererseits – auch das war hier schon Thema – gibt es deutliche Kürzungen: bei EFRE und ESF um 21 Prozent für Deutschland, beim ELER, und hier ausgerechnet bei der zweiten Säule der Europäischen Agrarpolitik, um 28 Prozent europaweit. Für die ländlichen Räume ist das eine schlimme Nachricht. Wir kämpfen immer noch darum, dass die Kürzungen nicht in der Höhe ausfallen werden. Das ist auch der Grund, warum ich mich – und da weiß ich mich mit meiner Kollegin auch sehr einig – sehr für eine starke zweite Säule einsetze. Die zweite Säule ist mitnichten die kleine Schwester der ersten Säule. Beide Säulen haben ihre Berechtigung nebeneinander und sind wichtig für das Land Niedersachsen.

Wir bereiten uns also intensiv auf die neue Förderperiode ab 2021 vor. Mein Haus hat einen Strategieprozess aufgelegt, der das Ziel hat, in der neuen Förderperiode die knappen Mittel zielgerichtet und effizient für wichtige Themen der Zukunftsgestaltung in Niedersachsen einzusetzen. Ende 2019 soll eine niedersächsische Förderstrategie vorliegen, die die Basis für die zukünftige Gestaltung der EU-Förderprogramme bildet. Hier ist die Gemeinsame Agrarpolitik ausdrücklich eingeschlossen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren,
zur Öffentlichkeitsarbeit, zu Europa. Mit Blick auf die bereits genannten weiteren wichtigen europapolitischen Entwicklungen in 2019 und im Hinblick auf die Europawahl, die in Deutschland, wie Sie alle wissen, am 26. Mai stattfinden wird, werden wir unsere Informationsangebote nochmals verstärken. Wir werden über Europa in Niedersachsen und über Niedersachsen in Europa informieren und den Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern verstärken. Natürlich erhoffen wir uns eine hohe Wahlbeteiligung. Ich freue mich und danke dem Parlament ausdrücklich, dass für diesen Zweck die Mittel für das Europäische Informations-Zentrum erhöht werden sollen.

Zum Programm „Zukunftsräume“. Im Flächenland Niedersachsen sind kleine und mittlere Städte und Gemeinden in ländlichen Räumen von zentraler Bedeutung. Auch darauf wurde bereits hingewiesen. An sie richten sich vielfältige Ansprüche: Sie sollen Versorgungsfunktionen für das regionale Umland übernehmen, sie sollen als Treiber der regionalen Entwicklung fungieren, und sie sollen als urbane Zentren dem Trend zur Abwanderung in Verdichtungsräume entgegenwirken.

Angesichts wachsender Herausforderungen in der Folge des demografischen, aber auch des wirtschaftlichen, insbesondere des digitalen Wandels erscheint es zunehmend notwendig, Klein- und Mittelstädte gezielt zu fördern. Sie werden bisher nicht hinreichend von den bestehenden Förderprogrammen unterstützt.

Ziel ist es, die Ankerfunktion dieser Städte für das regionale Umfeld zu stärken. Im Verlauf der Haushaltsberatungen haben die Regierungsfractionen nun Mittel für die nächsten beiden Jahre in Höhe von insgesamt fünf Millionen Euro eingestellt, um eine gezielte Unterstützung dieser Zukunftsräume aufzubauen. Das freut mich sehr, und ich bedanke mich ausdrücklich für die Unterstützung des Parlaments in dieser Frage.

Meine sehr verehrten Damen und Herren,
Brüssel, Berlin und Braunschweig oder Lüneburg, Hildesheim und Oldenburg – diese Ortsnamen kennzeichnen das Spielfeld, auf dem wir mit unserem Ministerium tätig sind. „Multi Level Governance“ nennt man das heute. Früher sagte man dazu „Querschnittsaufgabe“. Mein Ministerium ist Ansprechpartner für EU-Kommissare und Krabbenfischer, für Bundesministerinnen und Ortsvorsteher, für Projektträger und für viele Menschen in unserem Land. Es mag sein, dass wir für einige Leute nicht in die althergebrachten Politikschubladen passen. Aber wir passen in die moderne Zeit, die durch die Vernetzung geprägt ist.

In diesem Sinne wollen wir – gerne mit Ihnen zusammen – im nächsten und in den folgenden Jahren agieren – zum Wohle der Menschen in Niedersachsen!

Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.“